

Q3 INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

AS DU WISSEN SOLLTEST...

A) ... ÜBER DIE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK NACH DER WIEDERVEREINIGUNG

- ✓ Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes (2+4 Vertrag der Siegermächte des II. Weltkrieges und der beiden deutschen Staaten am 12.09.1990 regelt die volle Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands) und der am 3. Oktober 1990 vollzogenen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stand Deutschland vor der Aufgabe einer außenpolitischen Neuorientierung.
- ✓ Das wiedervereinigte Deutschland bemühte sich in erster Linie um eine Integration in die Europäische Union. Dabei unterstützte Deutschland die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Risse bekommen die Bemühungen um eine einheitliche außenpolitische Strategie der EU als es um die Bewertung und die Unterstützung des Einmarschs der USA in den Irak im März 2003 ging. Die Mitgliedsstaaten der EU waren sich uneinig. Heute spricht man in diesem Zusammenhang von der so genannten Irak-Krise. Während Deutschland (unter Kanzler Schröder) und Frankreich (J. Chirac) den Einmarsch verurteilten und keine Unterstützung anbieten wollten, zeigen sich beispielsweise Großbritannien, Spanien, Polen und Italien bereit, die USA zu unterstützen und befürworteten den Einmarsch im Irak.
- ✓ Ob es zukünftig tatsächlich eine gemeinsame Außenpolitik der EU geben wird, hängt im wesentlichen vom Willen der Mitgliedsstaaten ab, diesen Politikbereich an die EU abgeben zu wollen. Dem entgegen steht die ständige Erweiterung der EU in den letzten Jahren (Beitrittsrunden 2004 und 2007), die eher Probleme hinsichtlich der Organisationsstruktur innerhalb der EU aufgezeigt hat. Zunächst erscheint es dringlich, sich auf eine einheitliche Idee des vereinigten Europas zu verständigen (wirtschaftliche und/ oder politische Einheit). Die gescheiterte Verfassung der Europäischen Union und die Diskussionen um den Vertrag von Lissabon sind Indizien für die bestehende Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten.
- ✓ Als Mitglied der NATO engagiert sich Deutschland bei deren strategischer Neuausrichtung vom Verteidigungs- hin zum Sicherheitsbündnis. Damit verbunden sind die Unterhaltung guter diplomatischer Beziehungen zu den USA als Verbündetem. Nach der Irakkrise unter Kanzler Schröder bemühte sich Angela Merkel wieder um die Entspannung der Beziehungen zu den USA. Insbesondere die Anerkennung Deutschlands im Nahen Osten ermöglicht es deutschen Politikern immer wieder, bei diplomatischen Vermittlungsversuchen insbesondere im Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern helfend einzugreifen.
- ✓ Ein starkes Engagement gibt es auch von deutscher Seite innerhalb der NATO an der strategischen Partnerschaft mit Russland festzuhalten bzw. diese nach dem Georgien-Konflikt im

Sommer 2008 wiederzubeleben. So sind die russischen Energielieferungen nach Europa und Deutschland nur ein Grund, der das Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu Russland begründet.

- ✓ Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stand auch die Bundeswehr vor neuen Aufgaben. Da Deutschland bis 1990 keine volle Souveränität hatte und in seiner Politik von den Alliierten des II. WK kontrolliert und beeinflusst wurde, bestand vor allem während der Teilung Deutschlands kein Interesse daran, eine deutsche Armee als Streitkraft zur Krisen- und Konfliktbewältigung in anderen Regionen der Welt einzusetzen. Dies änderte sich nach der Wiedervereinigung. Deutschland wurde aufgefordert, sich auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen militärisch zu engagieren und Hilfe bei militärischen Konflikten zu leisten. Als NATO-Streitkraft wurde die Bundeswehr so unter anderem beim UNO Einsatz in Somalia, zur Friedenssicherung in Bosnien-Herzegowina, beim NATO-Angriff auf den Kosovo 1999 und als Teil der ISAF Truppen in Afghanistan aktiv.
- ✓ Als Streitkraft innerhalb der ESVP hat die Bundeswehr am Einsatz „Concordia“ 2003 in Mazedonien teilgenommen und 2006 bei der Sicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo mit 1500 Soldaten mitgewirkt.

B) ... ÜBER AKTUELLE INTERNATIONALE KONFLIKTREGIONEN UND DIE MÖGLICHKEITEN KOLLEKTIVER FRIEDENSSICHERUNG

- ✓ Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt vom Ost-West-Konflikt. Die Weltordnung war bipolar. Die USA und ihre nordatlantischen Bündnispartner verteidigten die Werte der Freiheit und Demokratie und unterstützten eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung. Auf der anderen Seite stand die Sowjetunion mit ihren Satellitenstaaten des Warschauer Paktes. Die UdSSR verfolgte das Ziel einer Ausbreitung des sozialistischen Modells auf der Welt. Die Gleichheit der Menschen und eine an den Bedürfnissen ausgerichtete Wirtschaft in Form einer Planwirtschaft gehörten zu den Grundlagen ihrer Ideologie. Im RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) vereinigten sich die sozialistischen Staaten und betrieben Warenaustausch. Die gegensätzlichen, widersprüchlichen Ideologien beider Blöcke führten zu einem permanenten Machtkampf um Einflussphären in der Welt. Daraus resultierte zum einen das atomare Wettrüsten beider Blöcke und zum anderen das Führen von zahlreichen „Stellvertreterkriegen“ weltweit, um die eigene Einflussphäre beständig zu erweitern (Koreakrieg, Vietnamkrieg, Iran-Irak-Krieg, Afghanistankrieg).
- ✓ Trotz der positiven Bewertung der Gründung der UNO 1945, blieb ihre Wirksamkeit für die internationale Friedenssicherung während des von 1945-1990 andauernden Ost-West-Konfliktes weitgehend eingeschränkt, da die Siegermächte des II. WK ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat waren und damit ein Vetorecht besaßen. Aufgrund dieser Situation kam es

praktisch zu keiner Intervention der UNO in Konflikten, welche für die Angehörigen der beiden Blöcke von Interesse waren.

- ✓ Die eigentliche Bewährungsprobe für die UNO und ihre Konfliktlösungsmechanismen begann somit erst nach 1990. Ursachen für die internationalen Konflikte nach der Blockkonfrontation waren: Rückgabe von unrechtmäßig erlangten Gebieten (Nahost-Konflikt), Forderung von Ethnien nach eigenem Staat mit eigenem Territorium (Spaltung Ex-Jugoslawiens, Kosovo-Konflikt, nach Auflösung der UdSSR: Tschetschenienkrieg, Georgien-Konflikt), Kampf gegen den islamischen Terrorismus (Überfall in Afghanistan durch die USA, Z.T. Begründung für den Irakkrieg).
- ✓ Besonders die Institution des UN-Sicherheitsrates geriet immer wieder in die Kritik, da ihre Resolutionen häufig scheiterten bzw. die betroffenen Staaten die Androhungen nicht ernst nahmen. Unterlaufen wurde die Autorität der UNO mehrfach durch Alleingänge von Staaten und Bündnissen. So führte die NATO 1999 Luftangriffe auf Belgrad durch, ohne dass diese durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert worden sind. Ebenso setzte sich die USA im März 2003 über die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates hinweg als sie ohne Mandat der UN in den Irak einmarschierte.
- ✓ Um der UNO und vor allem dem Sicherheitsrat allgemeines Ansehen und Autorität zu verschaffen, bedarf es weitreichender Reformen der Institution selbst. Erst wenn sich in der Organisationsstruktur der UNO die aktuelle weltpolitische Machtkonstellation widerspiegelt, kann sie tatsächlich zu der Instanz für die Herstellung und Sicherung des Friedens werden, welche sie laut Charta sein soll.

C)... ÜBER NATIONALISMUS UND FUNDAMENTALISMUS

- ✓ Der Nationalismus als übersteigerte Form der Bedeutungszuschreibung eigener Volkszugehörigkeit für die Identität von Individuen und Gruppen spielt insbesondere nach dem Ost-West-Konflikt in den Staaten des ehemaligen Ostblocks eine große Rolle. So forderten in Ex-Jugoslawien viele Völker einen eigenen Staat ein (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien). Ebenso haben sich beispielsweise die Tschechen von den Slowaken gelöst und jeweils eine eigene Nation gegründet (Tschechien, Slowakei – vormals CSSR). Ähnliche Erscheinungen lassen sich bei der Auflösung der UdSSR beobachten. Auch hier haben zahlreiche Sowjetrepubliken wieder ihre staatliche Eigenständigkeit erlangt (Moldawien, Weißrussland, Ukraine, Usbekistan, Lettland, Estland, Litauen, Armenien, Aserbaidschan).
- ✓ Kennzeichen für den Nationalismus ist, dass seine Anhänger die eigene Volkszugehörigkeit sehr hoch und positiv einschätzen. Ein übersteigerter Nationalismus kann in Rassismus und Fremdenfeindlichkeit umschlagen, d.h., das eigene Volk und die eigene Kultur kann über die

anderer Völker gestellt werden und damit zu einem Ausschlussdenken führen. Die Forderung einer Ethnie oder eines Volkes nach einer eigenen Nation gilt als legitim und ist besonders in den letzten Jahren häufig praktiziert und verwirklicht worden (zuletzt Souveränität des Kosovo 2008). Gefährlich wird Nationalismus, wenn er zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen oder zum Angriff und zur Unterdrückung anderer Staaten und Völker mißbraucht wird.

- ✓ Neben der Überbetonung der eignen nationalen Identität in Form des Nationalismus gilt auch der eher als Übersteigerung der eigenen Religion gekennzeichnete Fundamentalismus als Gefahr für das friedliche Zusammenleben. Ebenso wie der Nationalismus liefert der Fundamentalismus ein Kriterium für den Ausschluss von „Anderen“. Die Zugehörigkeit zu einer Nation oder zu einer Religion wird instrumentalisiert, um die eigene Gruppe über andere zu stellen. Übersehen wird dabei oft, dass Nationalismus und Fundamentalismus meist nicht die Ursache, sondern die Folge für tiefer liegende soziale und ökonomische Probleme sind. Menschen, denen es finanziell schlecht geht und die sich in einer scheinbar ausweglosen Lebenssituation befinden, sind empfänglicher für nationalistische oder religiös-fundamentalistische Argumentationen.

D)... ÜBER ENTWICKLUNGS- UND SCHWELLENLÄNDER

- ✓ Bis Mitte der 90er Jahre sprach man von dem „Nord-Süd-Konflikt“ als dem Großkonflikt, welcher die Teilung der Welt in Arm und Reich beschrieb.
- ✓ Die Länder auf der Nordhalbkugel galten als die reiche Welt, welche ihren Wohlstand auf Kosten der armen Länder des Südens aufbauen konnten. Kolonialismus hatte die Länder des Südens bis Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt, nach der erkämpften Unabhängigkeit der Staaten blieb der Süden lange hinter der Entwicklung des Nordens zurück – die meisten Länder blieben Rohstofflieferanten.
- ✓ Die Entwicklungshilfebemühungen der reichen Staaten blieben viele Jahre weitgehend wirkungslos. Erst ab dem Ende der 80er Jahre zeichnete sich eine ungleichzeitige Entwicklung der Entwicklungsländer ab, bei der einige Länder immer weiter verarmten (Länder der Subsahara in Afrika), andere jedoch steigende Wachstumsraten der Wirtschaft verzeichnen konnten (z.B. Tiger-Staaten: Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan).
- ✓ Diese ungleichzeitige Entwicklung führte auch in der Entwicklungspolitik zu einer größeren Differenzierung der Staaten. Sprach man erst von der „Dritten Welt“, so wird mittlerweile zwischen Schwellenländern (Länder, die den Sprung zum Industrieland demnächst schaffen), Entwicklungsländern mit Handicaps (z.B. hohe Verschuldung, geografisch ungünstige Lage als Binnen- oder Inselland) und den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) unterschieden.
- ✓ Die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern durch Regierungen und Entwicklungshilfekrediten durch die Weltbank und den IWF ist mittlerweile an strikte Vorgaben geknüpft. Insbesondere das

Konzept der Good Governance soll Standards bestimmen und einhalten helfen, wie z.B.

Rechtssicherheit bei Eigentumsfragen, Grundzüge demokratischer Ordnung sollen nachgewiesen werden, wie z.B. die Abhaltung von Wahlen; Korruption soll durch die funktionsfähige und transparente Organisation der Verwaltung erschwert und bestenfalls verhindert werden.

- ✓ Der Einhaltung der Standards von Good Governance zuwider läuft die von China forcierte Entwicklungshilfe im eigenen Interesse. China wird zum Konkurrenten bei der Vergabe von Entwicklungshilfemitteln, indem es seine Geldmittel ohne Bedingungen an die Entwicklungsländer abgibt. Ziel ist es, Länder mit reichen Rohstoffreserven (v.a. In Afrika) zu unterstützen, um sich dort langfristig Zugang zu den Rohstoffquellen zu sichern.

E) ... ÜBER INTERNATIONALES RECHT

- ✓ Das weltpolitische System besteht aus souveränen Nationalstaaten.
- ✓ Das moderne Völkerrecht ist für die Mitglieder der Vereinten Nationen (UNO) in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 geregelt. Darin wird die souveräne Gleichheit der Staaten als Grundprinzip des Völkerrechts anerkannt. Zudem gilt das allgemeine Gewaltverbot als Prinzip des Völkerrechts. Ausnahmen werden vom UN-Sicherheitsrat entschieden und sind in Kap. VII der Charta der UN festgelegt. Dort werden die Bedingungen für die Rechtfertigung einer militärischen Intervention der UNO im Falle einer Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen genannt.
- ✓ Bedeutung für das humanitäre Völkerrecht hat neben der Charta der VN auch die Genfer Konvention. Sie ist allerdings ein zwischenstaatliches Abkommen, das im Fall eines Krieges Regeln für den Schutz von Personen, die nicht an den Kampfhandlungen teilnehmen, bestimmt.